Mitmachen. Mitentscheiden. Mitglied werden.

Das gibt Ihnen die Möglichkeit, den Kurs unserer Partei mitzubestimmen und mit Gleichgesinnten über alles zu diskutieren, was Sie aktuell bewegt. Als Mitglied der AfD bekommen Sie Informationen aus erster Hand und wissen mehr als andere. Sie können sich aktiv in den Wahlkampf einbringen, lernen unsere Kandidaten persönlich kennen und können diese unterstützen. Kommen Sie zu unseren regelmäßigen Treffen und informieren Sie sich.

Werden Sie Mitglied
Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel 10 EUR/Monat für Berufstätige. Weitere Informationen erhalten Sie in unserer Geschäftsstelle unter Tel. 0711 / 217 263-35 oder per Email an: geschaeftsstelle@afd-bw.de.

Fördern Sie uns
Als Förderer bleiben Sie parteilos und zahlen den halben Mitgliedsbeitrag. Sie erhalten dieselben Informationen wie unsere Mitglieder und sind als Gäste mit Rederecht, jedoch ohne Stimmrecht, zu allen Parteiveranstaltungen herzlich eingeladen.

Unterstützen Sie uns
Wir freuen uns über jede Spende. Für Sie sind Spenden und Mitgliedsbeiträge als Parteispenden gem. § 34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis zu einer Obergrenze von 1.650 EUR/Jahr für Alleinstehende (3.300 EUR/Jahr für Verheiratete bei gemeinsamer Veranlagung) werden 50% Ihrer Spende von der Steuerschuld abgezogen, wenn Sie eine Spendenbescheinigung der AfD vorweisen.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das Konto bei der
Alternative für Deutschland – Baden-Württemberg
Volksbank Stuttgart
IBAN: DE 70 6009 0100 0241 0220 02
BIC: VOBADESSXXX
Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Alternative für Deutschland

www.afd-bw.de

V.i.S.d.P. AfD-Landesverband Baden-Württemberg
Zeltachring 6, 70567 Stuttgart

Für unser Land – für unsere Werte

AfD wählen!

TTIP verhindern, Souveränität bewahren!

Alternative für Deutschland

www.afd-bw.de

TTIP verhindern!

Was ist TTIP?

- TTIP (Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) ist kein Freihandelsvertrag, sondern ein geplantes Abkommen zwischen der US-Regierung und der EU-Kommission zur Schaffung eines atlantischen Binnenmarktes. **Natürlich ist auch die AfD für Freihandel, aber nicht zu Konditionen, die uns zu Vasallen fremder Mächte machen.**
- TTIP greift tief in die wirtschaftliche Struktur Deutschlands und Europas und in unsere demokratische Grundordnung ein – so tief, dass die EU-Kommission Anfang November 2015 erklären musste, das Abkommen solle nicht die Unabhängigkeit der Gesetzgeber in Europa „beeinträchtigen“, sprich: beseitigen.
- TTIP und das es begleitende Abkommen über Dienstleistungen (TISA) sind mit so massiven Verlusten an Volkssouveränität verbunden, dass von **Entstaatlichung und Entdemokratisierung** in Europa gesprochen werden muss. Tatsächlich würden durch TTIP zahlreiche hoheitliche (d.h. staatliche) Funktionen auf privatrechtliche Einrichtungen übertragen, die sich jeder demokratischen Kontrolle entziehen. Dazu gehören vor allem Teile der Justiz, der Gesetzgebung und der kommunalen Verwaltung.

Warum ist TTIP nicht annehmbar?

- TTIP schafft überstaatliche, aber private Einrichtungen (u.a. ein Regulierungsrat), die in die Gesetzgebung der Staaten eingreifen können, in geplante Gesetze ebenso wie in bereits bestehende, aber keine demokratische Legitimität besitzen.
- Es muss damit gerechnet werden, dass bestehende europäische Regelungen im Verbraucher-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz auf niedrigeres amerikanisches Niveau abgesenkt werden. Schon jetzt werden neue Schutzbestimmungen zurückgestellt, weil sie unter TTIP nicht mehr zulässig wären.
- Auf der Grundlage des in TTIP vorgesehenen Investitionsschutzes könnten amerikanische Konzerne europäische Regierungen auf Ersatz „entgangenen Gewinns“ bis zur Milliardenhöhe verklagen, auch wenn ein tatsächlicher materieller Schaden gar nicht eingetreten ist (z.B. wenn amerikanische Firmen in Deutschland kein Fracking betreiben dürfen). Zweck ist eine gigantische Vermögens-Umverteilung vom Steuerzahler auf private Firmen.
- In Gestalt von Schiedsgerichten für Streitfälle zwischen Privatfirmen und Regierungen würde eine Paralleljustiz geschaffen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeitet, gegen deren Urteile es keine Berufungsmöglichkeit gibt und die letztlich von der Weltbank kontrolliert würde, deren Stimme im Richtergremium den Ausschlag geben soll.
- Die Verhandlungen finden in gänzlich intransparenter Form statt. In Deutschland gibt es gegenwärtig nicht mehr als 100 Personen, die den vollen Text von TTIP kennen. Selbst Parlamentarier haben keinen Zugang dazu!
- Die EU-Kommission will TTIP ausschließlich auf europäischer Ebene beschließen lassen, also unter Ausschluss der nationalen Gesetzgeber.
- Nach Gutachten führender Wirtschaftsforschungsinstitute bewegt sich der zu erwartende Wachstumsgewinn für die europäischen Volkswirtschaften am Rande der Messbarkeit. Und dafür sollen wir unsere demokratische Ordnung in Teilen aushebeln lassen?

Die Alternative für Deutschland fordert:

Der TTIP-Vertrag darf unter keinen Umständen unterzeichnet werden!

An die Stelle dieses Knebelungsvertrages sollten Einzelabkommen mit den USA treten, z.B. über

- Vereinfachte Zollformalitäten
- Schrittweise Zollsenkungen
- Gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen u. Konformitätsbescheinigungen
- Angleichung technischer Normen durch Anwendung der ISO-Normen in den USA

Kein europäischer Superstaat durch die TTIP-Hintertür!

Kein Demokratieabbau durch Privatisierung staatlicher Funktionen!

Keine Unterwerfung Deutschlands unter fremde Wirtschafts- und Herrschaftsinteressen!

Das ausführliche Wahlprogramm der AfD Baden-Württemberg können Sie nachlesen unter: www.afd-bw.de/wahlprogramm